

Digitales Brandenburg

hosted by **Universitätsbibliothek Potsdam**

Mitteilungsblatt für die Schulen und Volkshilbungssämter des Landes Brandenburg

Staat Brandenburg

Potsdam, 1946

2. Jg. Juni 1948 Sonderausgabe

urn:nbn:de:kobv:517-vlib-4781



Mitteilungsblatt

für die

SCHULEN UND VOLKSBILDUNGSÄMTER DES LANDES BRANDENBURG

Herausgegeben vom Ministerium für Volksbildung, Wissenschaft und Kunst

2. Jahrgang

Potsdam, im Juni 1948

Sonderausgabe

Die politische Bildung der Lehrer

Von Gertrud Kauter

Referat, gehalten am 26. Mai 1948 auf der Dritten Pädagogischen Landeskonferenz in Cottbus

Die Entwicklung der Lage in Deutschland in den letzten Monaten verlangt von jedem einzelnen heute die klare Entscheidung: Für Einheit und Fortschritt oder für Spaltung und Reaktion. Rückwärts gewandte Kräfte im Bunde mit imperialistischen Kreisen des Auslands versuchen wie nach dem ersten Weltkrieg wieder Boden zu gewinnen, um unser Vaterland ein drittes Mal den Weg in die Katastrophe zu führen. Trotz dieser drohenden Gefahr für unser nationales Dasein, trotz aller bitteren Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit, trotz der sich vollziehenden gewaltigen gesellschaftlichen Veränderungen in unserer Zone, stehen viele Menschen, auch Lehrer und Erzieher, politischen Fragen gleichgültig, ja ablehnend gegenüber.

Das ist nicht etwa erst seit heute so; diese Haltung dokumentiert sich in den wohlbekannten Schlagworten und Aussprüchen, denen man noch immer häufig begegnet:

Politik verdirbt den Charakter!

Ich verstehe nichts von Politik, darum mögen sich andere kümmern (oft von Frauen gebraucht).

Ich tue meine Pflicht, meine Arbeit, für Politik habe ich keine Zeit.

Politik gehört nicht in die Schule.

Es begegnet einem auch nicht selten, daß ein ehemaliger Pg. zu seiner Verteidigung anführt: „Ich habe mich nie um Politik gekümmert — ich war nur in der Nazi-Partei, um meinen Arbeitsplatz zu erhalten.“ Er ist selbstverständlich auch heute nicht politisch orientiert und versichert nur, daß er bestimmt brav arbeiten werde. — So mancher Neulehrer und manche Neulehrerin erklären, daß es ihnen neben dem Arbeitsmaß, das ihnen die Vorbereitungen auf den Unterricht und die Aufgaben für die Weiterbildung auferlegen, nicht möglich sei, sich auch noch weitgehend mit politischen Problemen zu beschäftigen.

Was steckt hinter solchen Bemerkungen, was bedeutet es, wenn man uns sagt: Wir sind immer unpolitisch gewesen, wir wollen auch weiterhin von Politik nichts wissen? Das bedeutet eigentlich eine schwere Selbstanklage, denn wer so spricht, der sagt nichts anderes als: Mich interessiert das gesellschaftliche Leben meines Volkes nicht, ich will mit meinem Volke nichts zu tun haben. Und gerade diese Unpolitischen tragen

nicht wenig Schuld an dem furchtbaren Zusammenbruch unseres Volkes; nur durch ihre Teilnahmslosigkeit konnte das Übel des Nazismus sich so verheerend auswirken.

„Das Versäumnis des nationalen, des gesellschaftlichen, des geschichtlichen Lebens eines Volkes: das ist es, was wir als unpolitisch kennzeichnen und brandmarken“ (Becher).

Die Feststellung dieser Tatsache geschieht nicht, um anzuklagen, sondern um sie zu überwinden. Die Gründe für das ablehnende Verhalten gegenüber politischen Fragen liegen zum Teil im Werdegang des deutschen Volkes und sind aus seiner Geschichte zu erklären.

Für die Gegenwart mag das Erlebnis des Zusammenbruchs der Nazi-Ideologie mitsprechen, das vielen Menschen überhaupt den Wunsch nach politischer Orientierung ertötet hat. Es liegt darin eine Ratlosigkeit, ein inneres Sträuben, noch einmal ein neues Weltbild zu gewinnen, aus Furcht, es könnte in kurzer Zeit wieder zerbrechen und ungültig werden.

In der Hauptsache aber entspringt die Abneigung weiter Kreise gegen alles, was mit Politik zusammenhängt, einem Mißverständnis über das, was man unter Politik verstehen muß.

Was ist denn eigentlich Politik?

Vielfach wird unter Politik verstanden, einer Partei anzugehören und für die Ziele dieser Partei tätig zu sein. Dazu können sich viele nicht verstehen, und manche haben dabei das unerfreuliche Bild der 42 Parteien der Weimarer Republik vor Augen, die meisten aber wohl das abstoßende Beispiel des Parteiwimmels der NSDAP.

Im Nationalsozialismus wurde auch die Lehrerschaft politisch besonders aktiviert in Form der sogenannten politischen Schulung, und mancher fühlt sich vielleicht veranlaßt, bei der Erinnerung daran zu sagen: Nie wieder! Laßt mich zufrieden! Dieser Schluß ist aber nicht nur voreilig, sondern sehr oberflächlich, ja, er ist eine faule Ausrede, um die eigene Trägheit zu bemänteln. Denn die politische Schulung der Nazis hatte mit politischer Bildung in unserem Sinne nicht das Geringste zu tun, es war nichts weiter als Dressur, das ganze Volk wurde „ausgerichtet“ auf die räuberischen Ziele der Machthaber. Das konnte auch gar nicht an-

ders sein, denn Bildung setzt voraus Auseinandersetzung, Diskussion, innere Verarbeitung — alles Dinge, die dem Nazismus wesensfeindlich sind.

Wenn wir hier von Politik sprechen und von politischer Bildung, dann fassen wir den Begriff viel weiter. Ich erinnere an das, was ich eingangs über das Wesen des unpolitischen Verhaltens gesagt habe. Unpolitisch sein heißt gleichgültig und teilnahmslos sein gegenüber dem gesellschaftlichen Leben seines Volkes. Dann bedeutet politisch sein also rege interessiert sein, lebendig teilnehmen, mitwirken am gesellschaftlichen Leben.

Wer dazu nicht bereit ist, und noch dazu als Erzieher und Lehrer, wer sich auf sein kleines Privatdasein beschränkt, der fällt nicht etwa heraus aus dem Kräftespiel der gesellschaftlichen Entwicklung, sondern er wird ganz automatisch zum Gefolge derjenigen Kräftegruppe, die sich der fortschrittlichen Entwicklung entgegenstemmt, er wird zum Mitläufer der Reaktion.

Daß es streng genommen ein unpolitisches Verhalten überhaupt nicht gibt, daß jeder, der nicht Hammer sein will, Amboß sein muß, zeigt die geschichtliche Entwicklung der Lehrerschaft ganz deutlich. Unterricht und Erziehung erfolgten immer im Sinne der herrschenden Schichten, und der Lehrer war das ausführende Organ.

Griechische Sklaven mußten im alten Rom als Lehrer den Patriziersöhnen die Ideologie ihrer Herren vermitteln.

Das vom Kirchendogma erfüllte Mittelalter konnte nur geistliche Lehrer haben. Die Kirche war der Lehrer für alle Volksschichten, auch für die, die keinen unmittelbaren Unterricht genossen, und das waren ja die meisten. Es war das Privileg der Kirche, die Lehrer zu stellen, die Geistlichen waren der einzige „gebildete Stand“. Selbst die Wissenschaften waren abhängig von der kirchlichen Lehre. Lehrstoff war nur die christliche Lehre, von der jeder erfaßt wurde, und sie erzog zur Demut, zur Untertänigkeit, zum Ertragen aller Leiden, zur inneren und äußeren Unfreiheit. „Seid untertan der Obrigkeit, die Gewalt über euch hat.“ Um den Menschen überhaupt das Leben lebenswert erscheinen zu lassen, war die Kirche geschickt im Ausmalen der Seligkeiten des jenseitigen Lebens. Und sie schreckte mit fürchterlichen Strafen der Hölle bei Nichtbefolgen der Gebote. Die Lehrer dieser Lehre wirkten also im höchsten Maße politisch, sie dienten der Erhaltung der Macht. Und je stärker sie in diesem Sinne politisch wirksam waren, um so mehr hatten sie sich von ihrem ureigensten Gebiet, dem Religiösen, entfernt. Wehe dem Lehrer, der es wagte, von der Lehre, ja von dem kleinsten Dogma abzuweichen; er war der grausamsten Verfolgung durch eben diese Macht sicher.

Da die Glaubenslehren aller christlichen Richtungen sich als so überaus brauchbar zur Erhaltung der herrschenden Macht erwiesen, so bediente sich ihrer auch der wachsende weltliche Machtapparat immer wieder bis in die jüngste Vergangenheit.

Das kommt zum Ausdruck in den zahlreichen Verordnungen, die um Lehrerbildung und Volksbildung erlassen worden sind.

Es ist nicht nötig, dabei jahrhundertweit zurückzugreifen, denn wesentlich wird diese Tatsache erst von dem Moment an, da neue Kräfte sich entwickelten, die revolutionär dem Sinne dieser alten Dogmen entgegenstanden. Im 18. Jahrhundert betrachtete der absolute Staat die Volksbildung noch nicht als seine eigene Aufgabe. Er überließ sie den Gemeinden und der Kirche. Nur Eingriffe sah er als erforderlich an. Und diese sind im Grunde nur Mahnungen zur Strenge an die einzelnen Schulpatrone: Adel, Gemeinde, Kirche. — Auch zu Anfang des 19. Jahrhunderts stand dem Staat noch nichts entgegen, das ihn in seiner Autorität bedroht hätte. Erst als das sich formierende Bürgertum fortschrittliche Tendenzen in bezug auf Volksbildung hervorbrachte, die weitere Kreise erfaßten, sah sich der herrschende Machtapparat gezwungen, sich gegen diese Gefahr zur Wehr zu setzen. Und infolgedessen zeigt das 19. Jahrhundert deutlich, daß der Lehrer bewußt als politisches Werkzeug der herrschenden Klasse benutzt wurde.

Zur Illustration dessen führe ich eine Reihe von Auszügen aus alten Schulerlassen und Schulreden an. So hieß es in der Schulordnung Friedrich Wilhelms I. 1713:

„In lateinischen und deutschen Schulen soll hauptsächlich darauf gesehen werden, daß der Jugend die Furcht des Herrn, als der Weisheit Anfang, werde beigebracht ...“

In dem Programm des Ministers Altenstein heißt es 1829:

„Die Volksschulen haben nach meiner Ansicht nur dahin zu wirken, daß das Volk den christlichen Glauben einfach und dem Evangelio gemäß auffasse, innerhalb des ihm von Gott angewiesenen, beschränkten Kreises klar und wahr denke, daß es seinen Regenten und sein Vaterland liebe, mit dessen Einrichtungen und Gesetzen bekannt, mit seinem Zustande zufrieden sei und in seiner Sphäre ruhig und befriedigt lebe ...“

1840 steht in einem Erlaß des Preußischen Ministers Eichhorn folgendes:

„Denn ich bin überzeugt, daß die Volksschulen zunächst auf die Wahrheiten des Christentums, dann auf Bescheidenheit in den Ansprüchen des Genusses, auf Treue in den Berufspflichten und zuletzt freilich auch auf diejenigen Kenntnisse, welche zur menschlichen Bildung gehören, hinzuwirken haben.“

Wegen der Deutlichkeit, mit der die politische Rolle der Lehrerschaft umrissen wird, ist von besonderem Interesse die Rede des Preußischen Königs, die er 1849 vor Seminarlehrern hielt:

„All das Elend, das im verflossenen Jahre über Preußen hereingebrochen, ist Ihre, einzig Ihre Schuld, die Schuld der Afterbildung, der irreligiösen Massenweisheit, die Sie als echte Weisheit verbreiten, mit der Sie den Glauben und die Treue in dem Gemüte meiner Untertanen ausgerottet und deren Herzen von mir abgewendet haben. Diese pfauenhaft aufgestutzte Scheinbildung habe ich schon als Kronprinz aus innerster Seele gehaßt und als Regent alles aufgeboten, um sie zu unterdrücken. Ich werde auf dem betretenen Wege fortgehen, ohne mich beirren zu lassen; keine Macht der Erde soll mich davon abwendig machen. Zunächst müssen die Seminaristen sämtlich aus den großen Städten nach kleinen Orten verlegt werden, um den unheilvollen Einflüssen eines vergifteten Zeitgeistes entzogen zu werden. Sodann muß das ganze Treiben in diesen Anstalten unter die strengste Aufsicht kommen. Nicht den Pöbel fürchte ich, aber die unheiligen Lehren einer modernen Bürokratie, auf die ich bisher stolz zu sein glauben konnte. Doch solange ich noch das Heft in Händen führe, werde ich solchem Unwesen zu steuern wissen.“

Das Ergebnis dieser Einstellung war die berüchtigte preußische Regulative, die 1854 in Kraft trat, und die von Justizrat Stiehl, demselben, der erklärt hatte, die Wissenschaft müsse umkehren, im Preußischen Herrenhause folgendermaßen verteidigt wurde:

„Ihr eines Verdienst ist die Gründung der Volks-erziehung auf christlichen Glauben und christliche Gottesfurcht ... Das andere ist das richtig gesteckte Ziel für die Bildung des Volkes und für die Bildung der Lehrer des Volkes, nämlich die Gründlichkeit in bestimmten, notwendigen Kenntnissen im Gegensatz einer Vielwisserei und einer Rasoniere-rei, welche alles unterhöhlt.“

Neben der Erziehung zu frommen Untertanen war besonders wichtig die Erziehung zum braven Soldaten. So gehört die Einsatzwilligkeit für die herrschende Schicht seit jeher zum Programm der Bildung des Volkes. Selbstverständlich mußte auch dazu der Lehrer Werkzeug und Handlanger sein. Der Stock in der Schule und das militärische Kommando bei den verschiedensten Gelegenheiten des Schullebens, sowie der abgedankte Unteroffizier als Lehrer sind Symbole für diese Schulpolitik.

Mit der Entwicklung der Wissenschaften und der Technik und der daraus folgenden Umwälzung der Produktionsweise mußte auch dem Volke etwas mehr Wissen vermittelt werden, um es fähig zu machen, die notwendigen Arbeiten in der industrialisierten Wirtschaft zu erledigen. Hat es einstmals genügt, die Bauern und Handwerker mit Hilfe des Katechismus zu gehorsamen Dienern zu machen, so mußten unter den veränderten ökonomischen Verhältnissen Menschen herangebildet werden, die als Schreiber, Arbeiter, Techniker usw. die wachsende Wirtschaft und Verwaltung in Gang hielten. Man blieb sich aber dessen wohl bewußt, daß ein zu großes Maß an Erkenntnissen das Volk untauglich macht als Objekt der Ausbeutung, und so kommt in dem Maße dessen, was gelehrt werden durfte, zum Ausdruck, wie man Wissen als politischen Faktor einschätzte und Wissensvermittlung als politische Funktion. Das Bildungsniveau des Volkes mußte niedrig gehalten werden, damit die privilegierten Schichten ihre Position aufrechterhalten konnten. Die Standeschule war also notwendig. Schließlich war man ängstlich darauf bedacht, auch rein äußerlich den Unterschied der Stände zu betonen. Zahlreiche Vorschriften über Kleidung und Betragen- und Lebenshaltung sorgten dafür, daß das niedere Volk sich deutlich von der Herrenklasse unterschied. Und der Lehrer des Volkes mußte auf dem gleichen niederen Niveau gehalten werden, damit er nicht lehren konnte, was aufklärte und der herrschenden Schicht gefährlich wurde.

Auch hierfür einige Beispiele:

Aussprüche preußischer Landtagsabgeordneter:

„Ich will den Bauer nicht zum Rechnen bringen, denn dann ist der Bauer verdorben; er soll den Pflug führen und hinter dem Pferde hergehen und nicht Rechnungen führen“ (Herr von Helldorff im Preussischen Herrenhause).

„Die dümmsten Bauern sind die besten“ (Abgeordneter Holtz-Parlin).

„Zum Kartoffelsammeln ist keine Bildung notwendig“ (von Below-Saleske).

„Ich glaube, daß einer gewissen Vermehrung der Bevölkerung durch Einwanderung von Osten her Platz gegeben werden muß. Es würde das gleichkommen der Schaffung eines anspruchsloseren Arbeiterstandes, und ich glaube, daß das von eminenter Wichtigkeit ist“ (Graf Strachwitz 1899).

„Die galizischen Landarbeiter, von denen die Hälfte kaum lesen und schreiben kann, denken an nichts weiter als an ihre Arbeit, ihren Verdienst, es sind die ordentlichsten Leute in der Welt, die unseren Leuten in ethischer Beziehung sogar als Vorbild hingestellt werden können“ (1899 Abg. Szpula).

„Können die Militärärzte sich die Ausbildung für den höheren Subalterndienst aneignen, so vermögen sie sich auch die weit geringeren Kenntnisse zu erwerben, die der Schulpflicht erfordert. Und da die hervorragend verantwortungsvolle Stellung der Gendarmen ausschließlich von ehemaligen Soldaten ausgefüllt wird, so ist nicht abzusehen, weshalb von allen Unterbeamtenstellen gerade die der Volksschullehrer den Militärärzten vorenthalten wird, die als Unteroffiziere schon ein gewisses pädagogisches Talent entwickelt haben“ (Prof. Dr. Bornhak, Berlin).

Und aus der Regulative:

„Sorgfältige Untersuchungen ergeben, daß Unterricht in der allgemeinen Weltgeschichte nicht mit dem erwarteten Erfolg in den Seminaren betrieben werden kann, vielmehr Unklarheit und Verbildung erzeugt. Dagegen muß es als eine wichtige Aufgabe der Schullehrer angesehen werden, bei dem heranwachsenden Geschlecht Kenntnis der vaterländischen Erinnerungen, Einrichtungen und Personen und damit Achtung und Liebe zu der Herrscherfamilie vermitteln zu helfen.“

„Eine weitergehende Ausbildung der Seminaristen — nicht zum Gebrauch in der Schule, sondern zur eigenen Förderung — etwa bis zur Verhältnisrechnung (I), den Dezimalzahlen (I), dem Ausziehen der

Wurzeln kann ausnahmsweise von der Provinzialbehörde gestattet werden, jedoch nur da, wo die Verhältnisse des Seminars und der Provinz dazu entscheidenden Anlaß bieten.“

Diese reichliche Auswahl von Zitaten aus Schulverordnungen und Schulreden, die sich noch beliebig vermehren ließe, zeigt, daß der Lehrer von jeher ein politischer Faktor war, auch wenn es ihm selbst nicht bewußt wurde, wenn er blindlings seiner Obrigkeit untertan war.

Von einem Bewußtwerden der Tatsache, daß politische und pädagogische Vorstellungen dicht beieinander liegen, kann man erst seit dem Zeitalter der Aufklärung sprechen, als der Pädagoge Rousseau seinen Gesellschaftsvertrag schrieb. Die Aufklärung wird die Geburtsstunde der Pädagogik genannt; denn damals begann in erleuchteten Geistern der Gedanke des Fortschritts sich durchzusetzen und die Auffassung der Erziehung als Mittel zur Förderung des Fortschritts.

Die Durchdringung von Politik und Pädagogik war seitdem allen unseren Klassikern geläufig, sowohl den Philosophen wie den Dichtern und den Erziehern. Fast alle waren vorübergehend praktisch als Erzieher tätig, und alle schrieben über Erziehung. Sie waren Humanisten und sahen den Sinn der menschlichen Gesellschaft darin, daß das Leben der Menschen zum Wohle aller gestaltet werden mußte. So wurden diese Humanisten Zeitkritiker, die in Worten und Werken gegen alle Mißstände ihrer Zeit wirkten und um die Probleme der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung ihrer Zeit rangen. Sie waren also Menschen mit politischer Haltung, was von obrigkeitlich gebundenen Historikern bisher immer verschwiegen und geleugnet wurde. Diese Humanisten waren nicht nur in ihren Jugendjahren revolutionär, sondern auch in ihren reifen Schriften finden wir die innere Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen und politischen Problemen ihrer Zeit.

Goethe

Wie sehr z. B. Goethe mitten im tätigen, gesellschaftlichen Leben stand, beweisen alle seine Werke. Er war durchaus nicht der von den realen politischen Kämpfen seiner Zeit unberührte Olympier der literarischen Lehrbücher, sondern ein tiefer Zeitkritiker und vor allem ein Kritiker der deutschen Verhältnisse.

Nur ein Beispiel für unendlich viele:

„Gott Dank, daß uns so wohl geschah!
Der Tyrann sitzt auf Helena.

Doch ließ sich nur der eine bannen,
wir haben jetzo hundert Tyrannen.
Die schmieden uns gar unbequem
ein neues Kontinentalsystem.

Deutschland soll rein sich isolieren,
ein Pestkordon um die Grenze führen.
Daß nicht einschleiche fort und fort
Kopf, Körper und Schwanz vom fremden Wort.

Wir sollen auf unsern Lorbeern ruhn,
nichts weiter denken als was wir tun.“

Seine grundsätzliche Einstellung zu Fragen der gesellschaftlichen Gegenwart hat er 1823 zu Eckermann geäußert mit den Worten:

„... Freund des Bestehenden ist ein Titel, den ich mir verbitten möchte. Wenn das Bestehende alles vortrefflich gut und gerecht wäre, so hätte ich gar nichts dawider. Da aber neben vielem Guten zugleich viel Schlechtes, Ungerechtes und Unvollkommenes besteht, so heißt ein Freund des Bestehenden oft nicht viel weniger als ein Freund des Veralteten und Schlechten. Die Zeit aber ist in ewigem Fortschreiten begriffen, und die menschlichen Dinge haben alle fünfzig Jahre eine andere Gestalt, so daß eine Einrichtung, die im Jahre 1800 eine Vollkommenheit war, schon im Jahre 1850 vielleicht ein Gebrechen ist.“

Betrachten wir nun einen unserer großen Pädagogen:

Pestalozzi

War er ein politischer Mensch oder nicht?

Wir lieben an ihm das große Menschentum. Dieser Mann, der mit fünfzig Jahren erst beschloß, Lehrer zu werden, konnte mit seiner großen Menschenliebe und dem Elend, das er sah, gar nicht anders, als eine Veränderung der menschlichen Gesellschaft anzustreben, d. h. aber, als Politiker wirken. In seiner praktischen Arbeit und in seinen Schriften kommt das immer wieder zum Ausdruck: „Im Sumpf des Elends wird der Mensch nicht Mensch“, sprach er aus. Er suchte und forderte das Recht für den Menschen, er wollte nicht Gnade, er sprach vom „Verscharren des Rechts auf dem Mistbeet der Gnade“. In allen seinen Schriften und in der von ihm gegründeten Zeitung: „Das Schweizer Blatt“ mahnte er unaufhörlich seine Zeitgenossen um Abschaffung des Unrechts. „Gott ist nicht da, und der Glaube an Gott ist nicht da, wenn das Unrecht nicht aufhört“, klagte er.

Glühend hofft er auf die Erfolge der Französischen Revolution. Ein Beweis für seine öffentliche Teilnahme am politischen Geschehen ist die Tatsache, daß er den Ehrenbürgerbrief der jungen französischen Republik erhält. Zwar wurden seine Hoffnungen enttäuscht: Das Unrecht verschwand nicht aus der Welt. Er erlebte die Schrecken des Krieges in seiner Heimat und kehrte sich um so heftiger von der Sinnlosigkeit des Krieges ab. Aber ungebrochen wirkte er weiter. Immer wieder bewies er seinen Zeitgenossen, daß der lebendige Mensch auch politisch Partei ergreifen müsse. Er weicht nicht aus und flüchtet sich nicht in eine Welt, in der man nichts von Politik zu wissen braucht. Er ist überzeugt, daß sein ganzer Kampf um den Menschen, um Menschentum und Menschlichkeit ohne Wert und Wirkung bleibt, wenn er im luftleeren Raum, losgelöst vom politischen Willen und der politischen Zielsetzung, geführt wird. Pestalozzi wird Mitglied der Consulta, des demokratisch gewählten Rats seiner Vaterstadt, und bleibt dabei immer der Partei der Gerechtigkeit verpflichtet, immer fühlt er sich verbunden mit der Sache der Entrechteten. „Jede tätige Mitarbeit in einem Gemeinwesen wirkt in den Menschen hinein und läßt ihn wachsen“, äußerte er sich. Ich möchte meine kurzen Worte über Pestalozzi abschließen mit der Frage:

Was hätte dieser Menschenfreund sagen, klagen und empfinden müssen, wenn er durch die Barbarei des Nazismus gegangen wäre? Wo wäre sein Platz, wenn er heute unter uns lebte? Wofür würde er sich entscheiden, wie würde er wirken?

Fichte

Pestalozzi's Lehren fanden einen leidenschaftlichen Verkünder in Johann Gottlob Fichte, dem Philosophen, der in seinen „Reden an die deutsche Nation“ eine ähnliche Aufgabe zu lösen versuchte, wie wir heute, nämlich die politische Errettung eines Volkes vor dem Untergang durch Erziehung. Er ging damit freilich über Pestalozzi hinaus und machte die Erziehung zu einer großen nationalen Angelegenheit. Sein Programm war: Alle ohne Ausnahme! Und so wurde die Pestalozzische Armen- und Nationalerziehung im umfassendsten Sinne des Wortes. „Ein Volk — eine Schule!“ forderte Fichte und wurde somit zum Vater der nationalen Einheitsschule. Niemand hat so wie er die Erziehung zur Nation als einer Gesamtheit vertreten, und durch diese Projektion pädagogischer Gedanken in die Ebene der Politik hat er für uns, die wir immer noch um dasselbe Problem ringen, eine unschätzbare Bedeutung.

Diesterweg

Auch an Adolf Diesterweg läßt sich gut aufzeigen, wie politischer Kampf und Pädagogik sich durchdringen. Diesterweg, der bedeutendste Vorkämpfer der Lehrerschaft im 19. Jahrhundert (1790 geb. im Rheinland, 1860 gest. in Berlin), empfing seine ersten bestimmenden Eindrücke durch das Elend der Fabrik-

kinder in Wuppertal. Er war ein Anhänger der Ideen Pestalozzi's, aber nicht wie dieser Kinderbildner; er wollte auch keine Armen- und Industrieschulen, sondern Schulen für Menschenbildung. Vornehmlich aber war er Lehrerbildner. Seine ganze Liebe gehörte dem Lehrer, und in diesem Sinne wirkte er als Seminardirektor in Mörs und Berlin, bis er auf Betreiben der Reaktion 1847 entlassen wurde. Bis zu seinem Tode hat er in zahlreichen Schriften und als Mitglied des Preussischen Landtags für die Hebung des Lehrerstandes gewirkt. „Er war ein leidenschaftlicher Demokrat, ja man kann sagen, im Sinne seiner Zeit ein Sozialist.“ In den Rheinischen Blättern und nach 1848 im Pädagogischen Jahrbuch wirkte er als „Journalist der Pädagogik“ gleichzeitig an einer politischen Bildung der Lehrerschaft mit. In seiner Schrift über die unteren Klassen der Gesellschaft sieht er die Lösung der sozialen Frage in der positiven Teilnahme aller Bürger an den öffentlichen Angelegenheiten im Sinne einer gegenseitigen Hilfeleistung. Seine Gesinnung zeigt sich in Aussprüchen wie: „Alles einzelne ist klein, es wird erst groß im Blick auf die Masse.“ — „Die Genossenschaft und der durch sie erzeugte Gemeingeist sind der mächtigste Hebel unserer Tage.“ — „Es gehört doch wahrlich nicht immer Menschenkenntnis, noch wahre Geschichtskennntnis, nur simples Gefühl dazu, um infie zu werden, daß die isolierte Stellung eines Menschen, die praktische Atomistik der Gesellschaft, das unseligste Verhältnis ist, das sich nur denken läßt.“

Und nach der Niederlage von 1848 spricht er von den großen Errungenschaften der Barrikade und wendet sich an den Lehrer mit den Worten: „Die demokratischen Ideen, d. h. die Gesinnung für das Volk, vertreten sich trotz allem. Wie ein aus dem Volk hervorgegangener Mann, d. h. ein Lehrer, eine andere Gesinnung haben kann, werde ich nie begreifen.“

Als die Lehrerschaft nach 1848 unter dem Druck der Reaktion nachgab, sagte er im Zorn: „Tausende von Lehrern machen Bittschriften um die Erhaltung ihrer Knechtung, — trotzdem verlangen diese Kanakillen, daß man sich für sie aufopfert.“ Alle diese Aussprüche zeigen deutlich, wie tief durchdrungen Diesterweg von der Notwendigkeit aktiver Beteiligung am politisch-gesellschaftlichen Leben war.

Er war ebenso ein leidenschaftlicher Vertreter der Einheit Deutschlands und suchte sie zu fördern durch eine einheitliche Nationalerziehung. Schon vor 1847 stellte er den Grundsatz auf, daß die Schullehre vom Lehrer ausgehen müsse. Aus den Lehrerverbänden sollten nach seinen Plänen Vertreter zu einer Schulsynode des Landes gewählt werden, die zugleich dem allgemeinen Parlament angehörten.

Wie unerhört solche Forderungen waren, kann man sich nur vergegenwärtigen, wenn man an die gedrückte Lage des Lehrerstandes in damaliger Zeit denkt. Der Lehrer war schlechter gestellt als der gemeine Soldat. Knechte und Mägde aßen besser als die jungen Lehrer. Er war zum Nebenerwerb gezwungen, den er als Schreiber, als Erd- und Waldarbeiter und Viehhirt fand. Er war abhängig von Kirche und Gemeinde. Von der Kirche wurde er mißbraucht als Vorsänger bei Begräbnissen und Taufen, als Handlanger des Pfarrers, zum Tragen des Klingelbeutels, Reinigen der Kirche, Glockenläuten, für Botengänge usw. Mit seiner dürftigen Ausbildung war er verachtet von jedem Gebildeten, besonders vom Pfarrer. Er wurde verfolgt, wenn er sich an Verbände oder politische Vereine anschloß. Und als ihm endlich das Recht zu Versammlungen gegeben wurde, ruft Diesterweg ihm zu: „Was fordert die Zeit? Sie fordert vor allem Erkenntnis der gegenwärtigen Lage, daß der Lehrer die ihm zugestandenen Rechte gebraucht und daß er in freien Vereinen für eine vollständige Organisation der Volksschule sorgt.“ Worauf die Gegner ihrer Wut Luft machten mit dem Ruf: „Nach Amerika, nach Australien, nach Sibirien mit den Lehrern.“

Es bleibt noch übrig, etwas über Diesterweg als Gegenspieler der Reaktion nach 1848 zu sagen. Er forderte die Trennung von Kirche und Staat, und vor allen Dingen wollte er den Einfluß der Kirche auf Schule und Lehrerbildung ausgeschaltet haben, sowie die Bevormundung der Lehrer und der Schule durch

die geistliche Schulaufsicht. Sein Hauptkampf galt daher der schon vorhin erwähnten Regulative. Wie die Reaktion auf sein Eintreten für die Hebung des Lehrerstandes reagiert, dafür einige Beispiele:

Aus Treitschkes Schrift „Politik“:

„Die Lehrer werden durch die Seminare scheinbar in die Reihe der Gebildeten emporgehoben. Wie kann da ein Durchschnittsmensch, wenn er dann in sein Dorf kommt, innerlich zufrieden sein? (!) Dazu die kümmerliche materielle Lage, die niemals eine glänzende werden kann. Es ist ein Widerspruch in sich selbst, zu verlangen, daß ein Dorfschullehrer sich in brillanten Verhältnissen befinden soll. Seine Stellung ist eine bescheidene. Es gehört zur Bewirtschaftung eines Bauernhofes viel mehr Bildung des Charakters und Verständnis als zur Leitung einer Volksschule. Der Pastor ist der gebildete Mann des Dorfes; das weiß der Bauer sehr genau. Er blickt zum Pfarrer auf, vor dem Schulmeister hat er diese Achtung nicht... Sie haben etwas Schiller und Goethe gelesen und glauben, nun alles besser zu wissen als der Bauer, auch in solchen Dingen, wo der schlichte Bauer gescheiter ist als sie. Das führt zu jener Halbbildung, die den Menschen unzufrieden macht und ihm nur eine ungeheure Einbildung gibt. In diesen Kreisen findet dann die Sozialdemokratie und der gemeine Radikalismus seinen großen Anhang. Die Sache ist darum so traurig, weil durch die ins Kraut geschossenen Lehrerzeitungen jede Berührung dieses wunden Punktes verhindert wird.

Die Technik des Volksschulunterrichts hat ungeheuer gewonnen, das ist ein Verdienst von Diesterweg und seiner Schule. Aber derselbe Diesterweg hat auch verhängnisvoll gewirkt, indem er den unermeßlichen Dünkel des Volksschullehrers beförderte.“

Die Reaktion siegte. Mit den gleichen Mitteln, wie wir das aus der jüngsten Vergangenheit her kennen, wurde Diesterweg geschlagen. Seine Schriften wurden verboten, er selbst entlassen. Den Kampf gab er auch dann als echter Revolutionär nicht auf.

*

In dem bisherigen Teil meines Referates habe ich mit voller Absicht breit und ausführlich gezeigt, daß unsere großen Pädagogen, unsere Klassiker, in hohem Maße politisch bewußte, politisch gebildete Menschen waren, die sich dem gesellschaftlichen Leben ihrer Zeit aufs engste verbunden fühlten. Sie wollen daraus entnehmen, daß die Forderung nach politischer Bildung nichts Unbilliges ist, sondern nur bedeutet, unseren nationalen Vorbildern nachzueifern.

Wie ständ es nun mit den vielen namenlosen Pädagogen? Waren sie politisch und hatten sie eine politische Bildung?

Die Lehrer glaubten sich unpolitisch, denn eine politische Bildung erhielten sie nicht. Daß sie dennoch politisch wirkten, nämlich reaktionär, habe ich versucht, aufzuzeigen. Die geringe Bildung, die der Lehrer überhaupt erhielt, und die neben den primitivsten Kenntnissen zum größten Teil im Memorieren geistlicher Texte und in der Verherrlichung seines Herrscherhauses bestand, war insofern doch politisch, als er dadurch zum Werkzeug der herrschenden Klasse „gebildet“ wurde. Es sei denn, daß er aus eigener Initiative durch die großen revolutionären Vorbilder in den politischen Kampf seiner Zeit hineingezogen wurde, sich am Kampf politisch bildete und dann in den Reihen unserer Vorkämpfer für den Fortschritt stand. So vertrat 300 deutsche Lehrer auf der großen deutschen Lehrerversammlung in Eisenach 1848 folgende Forderungen: Schaffung der Einheitschule gegen die Standesschule; Selbständigkeit des Schulwesens. Darüber hinaus kämpften sie für die Befreiung von der Bevormundung durch die Kirche, für eine bessere Ausbildung der Lehrer, für die Hebung des Lehrerstandes.

Die Reaktion setzte alle Hebel in Bewegung, um die Aufwärtsentwicklung der Lehrerschaft zu unterdrücken. Ein Ausnahmegesetz verfügte 1849:

„Alle Lehrer haben sich der Teilnahme an politischen Vereinen und des Besuches politischer Versammlungen zu enthalten. Lehrer, welche sich dennoch einem politischen Verein anschließen, sind mit dem zweiten Vorbehalte zu belegen und, wenn sie dieses Verbot noch übertreten, zu entlassen (1849).“

1850: „Die Schullehrer, die christliche Demut lernen sollten, die aber aufgeblasen sind und aus frevelhaftem Hochmut die Kirche nicht mehr über sich dulden wollen, müssen von ihrem Amte gejagt werden, daß sie die Schuhe verlieren, und wie die Galgenvögel muß man sie aus dem Lande peitschen.“

In Kurz' Kirchengeschichte hieß es: „Nächst dem Heere brotloser Literaten-Proletarier hat wohl kein Geschlecht dieser Zeit gründlicher und erfolgreicher an der geistigen Vergiftung des deutschen Volkes gearbeitet als der Stand der Volksschullehrer.“

Sogar Jakob Grimm (!) schrieb: „Der erste Jugendunterricht ist von Natur so beschaffen, daß er einen niederen Stand halten muß und sich nicht gewaltsam in die Höhe schrauben läßt.“

„Es ist auch nicht unbekannt, welcher Zusammenhang zwischen unruhigen Schullehrern, Kommunisten und Proletariern fast durchgehends stattfand und nicht ohne Gefahr für die Gemeinden bleiben konnte.“

Noch 1880 kam die gleiche verächtliche Stellung den Lehrern gegenüber zum Ausdruck in Herrn von Puttkammers berüchtigter „Aschermittwochsrede“:

„Der Lehrer täte besser, — ich spreche selbstverständlich vom Volksschullehrerstande, meine Herren —, die Sorge für die großen Gesichtspunkte, deren er sich auch annehmen zu müssen glaubt, seinen Vorgesetzten zu überlassen, und sich auf die Sphäre zu beschränken, die sein Beruf ihm anweist.“

Die aktiven Erzieher haben sich dennoch durchgesetzt. Sie waren sich ihrer politischen Aufgabe als Erzieher bewußt. Die Inaktiven haben hemmend gewirkt, haben dazu beigetragen, daß wir immer wieder durch Unmenschlichkeit und Barbarei gehen mußten.

Auf welcher Seite, frage ich Sie, möchten Sie nun stehen? Auf der Seite des Fortschritts, auf der Seite der Aktiven, oder auf der Seite des Rückschritts? Wollen Sie lieber Amboß statt Hammer sein? Können Sie noch, dürfen Sie heute noch „unpolitisch“ sein?

Damit wollen wir die rückschauende Betrachtung abschließen. Ihr Ergebnis ist die klare Erkenntnis der ungeheuer wichtigen politischen Rolle, die in der Vergangenheit dem Lehrer als dem Erhalter der bestehenden Gesellschaftsordnung zufiel.

Heute tritt zum ersten Male in der Geschichte unseres Volkes eine völlig neue Aufgabe an den Lehrer und Erzieher heran. Er soll die Jugend nicht mehr für eine bestehende alte Ordnung erziehen, sondern sie reif und fähig machen zur Gestaltung einer neuen, werdenden demokratischen Ordnung.

Damit setzt die Gesellschaft in ihn ein großes Vertrauen, und sie muß dafür von ihm fordern, daß er sich dieses Vertrauens würdig zeigt, indem er sich eine politische Bildung zu eigen macht, die ihn befähigt, die ihm gestellte Aufgabe zu erfüllen.

Was gehört im einzelnen dazu?

Dazu gehört vor allem die Beschäftigung mit den Gegenwartsproblemen, mit den Veränderungen, die in der gegenwärtigen Gesellschaft vor sich gegangen sind und noch vor sich gehen. Sie müssen eingehend studiert werden und tief ins Bewußtsein dringen. Sie sind die Grundlagen eines neuen Lebens, eines neuen Deutschlands, der zukünftigen Gesellschaftsordnung. Durch sie wurden die Machtpositionen der alten herrschenden bürgerlich-kapitalistischen Klasse, der imperialistischen Kräfte schwer erschüttert.

Da ist als erstes zu nennen die Industriereform. Es ist noch kaum begriffen worden, was das eigentlich bedeutet. Nur der klassenbewußte Arbeiter, der sein Leben lang gegen das Ausbeutersystem des Kapitalismus gekämpft hat, sieht ihre Bedeutung. Jeder Lehrer müßte einmal in einen Volkseigenen Betrieb gehen, nicht einmal — immer wieder, um die veränderte Ar-

beibehaltung zu sehen, von der dort der beste Teil der Arbeiterschaft schon ergriffen ist. Ein neues Verhältnis vom Arbeiter zur Arbeit entsteht. Verbesserung und Rationalisierung der Arbeit, neue Produktionsweisen machen die Arbeit nicht zum Fluch, sondern zum Segen. Die Arbeit für den eigenen Betrieb erzielt Besserung der eigenen Lebenshaltung, Produktionssteigerung kommt dem ganzen Volke zugute. Arbeitererfindungen, die der Betrieb ausnutzt, schaffen aus Trümmern, was vorher unmöglich schien. Diesen im Werden begriffenen neuen Arbeitswillen, diese Grundkraft für den wirtschaftlichen Aufbau unseres demokratischen Staates, muß der Lehrer spüren und in seiner ganzen Bedeutung erfassen. Hier liegt der Berührungspunkt zwischen seiner gesellschaftlichen Funktion und der der werktätigen Massen, indem er die Weckung und Pflege dieses neuen Arbeitswillens, dieser veränderten Einstellung zur Arbeit, zum Kernstück seiner Erziehungsaufgabe macht. So wird er dazu beitragen, daß unsere Kinder einst zu Herren des neuen demokratischen Lebens werden, die Wissenschaft und Technik, Wirtschaft und Verwaltung meistern.

Wir haben ferner die Bodenreform, aber es ist noch längst nicht voll erfaßt worden, was es bedeutet, daß nicht mehr eine kleine Schicht von Großgrundbesitzern die Ernährungslage des Volkes bestimmen kann durch Lenkung der landwirtschaftlichen Produktion, durch Steuerung der Ein- und Ausfuhr von Lebensmitteln, durch Zollpolitik und dergleichen. Fast noch bedeutender ist aber die Tatsache, daß durch die Enteignung der Großgrundbesitzer eine Klasse die Basis ihrer Macht verlor, die von jeher der Hort der Reaktion in unserem Vaterlande war, der wir zum großen Teil den unglückseligen geschichtlichen Weg unseres Volkes und die letzte Katastrophe verdanken. Denken wir daran, daß gerade aus der Schicht der enteigneten Großgrundbesitzer seit Jahrhunderten die leitenden Beamten der preußischen Bürokratie und die führenden Offiziere des preußischen Militarismus kamen. Es sind die gleichen Kreise, deren Ansprüche und Reden wir vorhin vielfach zitiert haben.

Weiter wurde die Schulreform durchgeführt, die uns ja am meisten angeht. Sie brachte uns endlich die Abschaffung der Klassenschule, die Trennung von Kirche und Schule, die Anerkennung der Lehrerschaft als eines wichtigen Gesellschaftsfaktors und ihr Recht auf Hochschulbildung. Sie gab uns das neue Erziehungsprogramm, das von der Erkenntnis ausgeht, „daß Erziehung ein gesellschaftlicher Prozeß ist, daß die Schule eine gesellschaftliche Aufgabe erfüllt, daß die Zielsetzung aus den gesellschaftlichen Bedingungen heraus zu erfolgen hat, wenn sie real sein will.“ Die Anerkennung dieses Programms bedeutet zugleich die Bejahung der neuen deutschen Entwicklung zur Demokratie. Das sollte kein Lehrer auch nur einen Tag außer acht lassen. Nach all dem, was wir über den Kampf der Lehrerschaft des 19. Jahrhunderts gehört haben, muß uns zum Bewußtsein kommen, was für ein unerhörtes Geschenk wir damit erhalten haben.

Alle diese Reformen sind sozusagen Geschenke, und da wir sie nicht bis zum Letzten zu erkämpfen brauchten, erkennen viele noch nicht ihren vollen Wert. Das aber ist notwendig, weil jeder wissen muß, daß sie auch wieder verlorengehen können, daß es gilt, sie festzuhalten, und daß sie erst ihre Verankerung dadurch erfahren müssen, daß sie als Marksteine fortschrittlicher Entwicklung ins gesellschaftliche Bewußtsein gehoben werden, um die Macht der Bindung an althergebrachte Lebensformen zu überwinden.

Die reaktionären Kräfte sind noch da und werden wirksam werden, wenn wir nachlassen im Kampf um die Erhaltung der neuen Rechte. All das muß der Lehrer, der Erzieher wissen, und dieses Wissen, diese Erkenntnis muß er auf die Jugend und damit auf das Volk übertragen.

Es genügt aber nicht, daß der Erzieher vom heutigen Geschehen weiß, sondern zu seiner politischen Bildung gehört auch eine gründliche Kenntnis der geschichtlichen Entwicklung. „Wer die Vergangenheit nicht kennt, die Gegenwart nicht versteht, kann die Zukunft nicht gestalten.“

Gesellschaftswissenschaft

Das Kernstück aber der politischen Bildung ist die Gesellschaftswissenschaft, die es mit der Untersuchung der Gesellschaft als Ganzem und mit allen Arten der menschlichen, d. h. gesellschaftlichen Beziehungen zu tun hat. Sie umfaßt die drei großen Erkenntnisse, die uns das 19. Jahrhundert auf den Weg gegeben hat:

„Den Gedanken der Entwicklung,
den Gedanken der gesellschaftlich ökonomischen Bedingtheit

und den Zielgedanken einer sozialistischen Zukunft.“

Alle drei Ideen sind im Marxismus zusammengefaßt. Niemand kann mehr an der wissenschaftlichen Lehre des Marxismus vorbeigehen. Jeder, und insbesondere der Erzieher muß sich damit auseinandersetzen, d. h. also, jeder Lehrer muß die Lehre von den Gesetzmäßigkeiten in den Veränderungen der menschlichen Gesellschaft, die Lehre von der Abhängigkeit dieser Veränderungen von ökonomischen Bedingtheiten, von dem Stand der Produktivkräfte und den daraus sich ergebenden Produktionsverhältnissen, die Lehre von der Möglichkeit der Weiterentwicklung zu einer sozialistischen Gesellschaft kennen und anzuwenden lernen.

Wenn auch diese Wissenschaft von den reaktionären Machthabern totgeschwiegen wurde, verfolgt, ihre Werke verbrannt, ihre Vertreter veremtet und gemordet wurden, wenn sie verdreht und entstellt wurde, so ist sie doch bis heute unwiderlegt geblieben. Von dieser Wissenschaft des dialektischen Materialismus, das ist ja der Marxismus, heute nichts zu wissen, ist eine für den Lehrer und Erzieher untragbare Bildungslücke.

Wir müssen überhaupt erst einmal begreifen, daß es sich um eine Wissenschaft handelt, die „Gesellschaftswissenschaft“, die jüngste Wissenschaft in der Entwicklung des forschenden Menschengesistes. Wir müssen genau wie in der Mathematik und in den Naturwissenschaften lernen, die Beweise für die Tatsachen der Gesellschaftsgesetze zu führen. „Tatsachen sind Wahrheit“, aber es ist nicht immer leicht, Tatsachen einleuchtend nachzuweisen, die gewonnenen Erkenntnisse durchzusetzen und bewußt zu machen. Denken wir an Galilei! Er wurde eingekerkert, er mußte seine Entdeckung, daß nicht die Sonne um die Erde, sondern umgekehrt, die Erde mit den anderen, Sternen sich um die Sonne drehe, abschwören, weil dieses neue System dem Dogma widersprach.

Mit den gleichen Methoden reagiert man auch heute noch auf neue Lehren. Sobald Tatsachen der herrschenden Klasse unbequem werden, gibt es Verbote, Verdrehungen und Verfolgungen der Wahrheit.

Auf dem Gebiete der Naturwissenschaften und der Technik ist es schon längst Allgemeingut geworden, daß sich laufend Veränderungen vollziehen, daß unsere Erkenntnisse immer weiter reichen, unser Weltbild sich erweitern wird.

Auch der einfachste Mensch hält es für möglich, daß wir vielleicht einmal zum Monde werden fliegen können, daß wir einmal unseren Wärmebedarf direkt von der Sonne, statt aus der Kohle der Erde decken könnten. Wir wissen, daß ungeahnte wirtschaftliche Möglichkeiten den kommenden Geschlechtern offenstehen.

Und nur für die menschliche Gesellschaft sollte es richtig sein, ewig und starr den gleichen Zustand aufrechtzuerhalten und für absolut und unabänderlich zu erklären?

Wie die Technik, die Naturwissenschaft durch ihre Forscher aus den schon bekannten Gesetzen zu neuem Wissen, zu neuen Hilfen für die Menschheit kommt, zu Mitteln z. B., um die Seuchen zu bannen, damit man sich nicht mehr wehrlos diesen Qualgeistern der Menschheit überläßt, so kann auch der Forscher der Gesellschaftswissenschaft z. B. nach Mitteln suchen, um die Seuchen der Kriege zu verhindern. Aus den schon erkannten Gesetzmäßigkeiten lassen sich in dem Labor der menschlichen Gesellschaft neue Formen des Zusammenlebens der Menschen entwickeln.

Revolutionen und Übergangsperioden, wie unsere Gegenwart, stellen solche großen Versuche dar. Neue Lebensformen sehen wir entstehen.

Zu den Erkenntnissen der Gesellschaftswissenschaft zu kommen, ist nicht einfach durch Anhören von Vorträgen oder durch bloßes Lesen gewisser Broschüren möglich. Es bestände die Gefahr, daß es dann lauter marxistische „Schriftgelehrte“ und „Maulhelden“ gäbe, wie Lenin im Jahre 1920 zur lernenden Jugend sagte. Er fuhr fort: „Ohne die klare Einsicht, daß nur durch eine genaue Kenntnis der Kultur, die durch die gesamte Entwicklung der Menschheit geschaffen worden ist, ohne eine solche Einsicht werden wir unsere Aufgabe nicht lösen.“ Das bedeutet also: Ohne daß wir uns überhaupt in der wissenschaftlichen Bildung vertiefen, ohne daß wir das Bildungsgut der Vergangenheit in uns verarbeitet haben, werden wir nicht sicher werden im Begreifen und Anwenden der Gesellschaftswissenschaft.

„Wenn aber jemand erklärt, daß er Sozialist sei und nichts Solides zu wissen brauche, so wird aus ihm alles andere werden, nur kein Sozialist.“ Lenin sprach diese Worte im Jahre 1920, damals war man in der Sowjetunion in der gleichen Situation wie wir heute: Aus einer zerschlagenen Gesellschaft mußte eine neue aufgebaut werden. Die Vorbedingungen waren dort vielleicht noch schwerer als bei uns, denn wir haben kein Analphabetentum zu beseitigen.

Es gehört also auch für uns zur politischen Bildung, uns überhaupt gründlich zu bilden in allen Wissenschaften und besonders in der Gesellschaftswissenschaft.

Was gehört nun im einzelnen zur Gesellschaftslehre? Ich möchte hier auf die im Mittlungsblatt Nr. 16, Jg. 2, S. 125 ff., veröffentlichten Studienanforderungen verweisen.

Da finden wir als erste Forderung die Kenntnis der grundlegenden Tatsachen der politischen Ökonomie. Gemeint sind damit die wesentlichen Erscheinungen der kapitalistischen Wirtschaftsform und das Verständnis ihrer Widersprüche, die zwangsläufig von Zeit zu Zeit die Gesellschaft schwer erschüttern durch Krisen und Kriege. Wir wollen unser neues demokratisches Deutschland heraussteuern aus diesem Hexenkessel, aber wie können wir diese Aufgabe erfüllen, ohne genaue Kenntnis seines Mechanismus?

Als zweite Forderung erscheint das Studium des deutschen Imperialismus und seiner Besonderheiten, wozu auch die raffinierten Verkleidungen gehören, die er im Dritten Reich angenommen hatte mit den Phrasen vom Lebensraum, vom deutschen Sozialismus, von der Neuordnung Europas usw. Man kann die Reste nazistischen und militaristischen Denkens nicht aus den Köpfen herausbringen, wenn man ihnen nicht auf den Grund geht bis zu den Urhebern dieser Ideologie.

Das dritte Thema heißt: Dialektischer und historischer Materialismus. Hier handelt es sich darum, sich mit einer Weltanschauung auseinanderzusetzen, zu der ein sehr großer Teil unseres Volkes sich bekennt. Aus dieser Weltanschauung sind die ökonomischen und historischen Erkenntnisse hervorgegangen; von denen eben die Rede war und die uns die Tatsachen des gesellschaftlichen Lebens, seine Konflikte und seine Entwicklung erklären.

Das nächste Thema beschäftigt sich mit dem Wesen des Staates, seiner Aufspaltung in Klassen, seinen autoritären und demokratischen Formen und mit dem Wesen der wirklichen Demokratie im Gegensatz zur formalen. Die Klärung gerade dieser Begriffe ist besonders wichtig, weil heute schon wieder unter dem Deckmantel eines demokratischen Formalismus versucht wird, die wirkliche Demokratie, d. h. die Herrschaft des werktätigen Volkes im Interesse des werktätigen Volkes, anzugreifen und zu beseitigen.

Weiterhin verlangt die Gesellschaftswissenschaft die Kenntnis der sozialistischen Gesellschaftsform, die Vertiefung in einige besondere Probleme, wie die Stellung der Frau und die Stellung der Jugend in der Gesellschaft, sowie endlich die Diskussionen der nationalen Frage, die angesichts des harten Kampfes, den wir heute um unsere nationale Einheit und Selbständigkeit führen müssen, von überragender Wichtigkeit ist.

Die Gesellschaftswissenschaft muß so gründlich erarbeitet und durch Diskussionen und seminaristische Methoden so vertieft werden, daß jede Gefahr eines oberflächlichen Schlagwortwissens ausgeschlossen ist.

„Theorie ohne Praxis ist blind“; darum müssen wir den Begriff „Politische Bildung“ weiter fassen und dürfen uns nicht mit dem theoretischen Studieren zufriedengeben. Der Lehrer und Erzieher gehört mitten hinein in die Praxis des demokratischen Lebens. Er muß in demokratischen Organisationen, in Selbstverwaltungskörperschaften tätig sein, er muß sich in seiner Elternschaft das demokratische Fundament für seine Arbeit schaffen, er muß die demokratischen Formen des Schullebens entwickeln durch Schüler selbstverwaltung und Zusammenarbeit mit der FDJ. Bei besonderen Bewegungen, die das öffentliche Leben tief aufwühlen, wie jetzt der Kampf um Einheit und gerechten Frieden und die Durchführung des Volksbegehrens, gehört der Lehrer als Vorbild in die vorderste Reihe der Aktivisten. So wird er seine theoretischen gesellschaftswissenschaftlichen Erkenntnisse in der Praxis anwenden; durch seine praktischen Erfahrungen die Theorie kontrollieren können.

Betrachten wir noch den Erzieher in seiner Haltung und Stellung zur Jugend, so kann man feststellen, daß die politische Haltung und die politische Bildung weitgehend auch sein Verhalten zur Jugend, selbst zum kleinsten Kinde bestimmen. Wer sich dessen immer bewußt ist, daß die Kinder vor ihm Träger der werdenden demokratischen Gesellschaft sind und daß er sie reif machen muß für ihre Zukunftsaufgabe, wird in seinem Wirken stets die Achtung vor dem kommenden Geschlecht zum Ausdruck bringen. Und hier müssen wir entschieden der Meinung entgegnetreten, daß Politik nicht in die Schule gehöre. Im Gegenteil, wir müssen Politik in die Schule tragen, denn wer die Jugend von der Politik fernhält, verhindert sie, ihre Lebensprobleme zu sehen und zu lösen. Wer aber die Jugend auf den Weg in die Zukunft, auf den „Weg ins Leben“ bringen will, muß das Wesen der Jugend, besonders der heutigen Jugend, kennen. Er muß sich also mit den Problemen der heutigen, durch Nazijahre und Zusammenbruch, durch materielle Not und anscheinende Ausweglosigkeit gegangene Jugend beschäftigen. Das muß besonders der Oberstufenlehrer bedenken.

Ich behaupte, daß diese Jugend trotz ihrer teilweisen inneren Haltlosigkeit und Ziellosigkeit doch zukunfts-willig ist. Sie denkt jedenfalls sehr real und ist mit Schlagworten nicht zu begeistern. Sie kann aus dem inneren Zwiespalt nur herausgeführt werden durch Eingehen auf ihre Not, durch offene Aussprachen, durch Klärung aller Zweifel; — und das kann nur geschehen durch Bewußtmachen der Probleme innerhalb der Gesellschaft, durch feste wissenschaftliche Kost. Unsere junge Lehrerschaft, die zum Teil noch in der gleichen seelischen Situation steckt wie die Jugend, die sie erziehen soll, wird mir das bestätigen können.

Ich bin überzeugt, daß auch unsere jungen Lehrer ihre Aufgabe erfüllen können, sobald sie sich ihrer politisch-gesellschaftlichen Funktion bewußt werden. Ihre Bereitschaft, zumindest ihre Interessiertheit, geht aus den Diskussionen in der neuen Schule, geht aus der Haltung, wie sie auf dem FDJ-Kongreß zum Ausdruck kam, hervor.

Noch ein Problem müssen wir hier kurz berühren, und das ist die Frage, wie wir unsere Erkenntnisse an die Jugend herantragen. Wir müssen die Lehrender werdenden demokratischen Gesellschaft gemäß Arbeitsweise in der neuen Schule entwickeln. Auch die Arbeitsweise ist eine politische Frage, wie der Stock in der Schule ein politischer Faktor war. Man kann zu Demokraten nicht mit dem Stock, nicht mit Kommando erziehen.

Der politische Lehrer hat daher die Aufgabe, demokratisches Leben in die Schule zu tragen, Erziehung zur Gemeinschaft zu pflegen und eine Lehrweise zu suchen, die einen freien, selbständigen Menschen, eben „den selbständig denkenden und verantwortungsbewußt handelnden Menschen“ und keinen dressierten ungestigten Menschen hervorbringt.

Wer mit einer solchen Vorbereitung und mit dieser Haltung seinen Beruf als Lehrer und Erzieher ausübt, bei dem sind Politik und Pädagogik zu einer Einheit verschmolzen, auch wenn er keiner Partei angehört. Freilich wird die Bindung an eine Partei und ihr

Programm den Weg zur politischen Haltung erleichtern, aber auch nicht in jedem Fall, denn es gibt auch Parteiangehörige ohne politische Bildung und ohne politisches Bewußtsein.

Die Frauenfrage

Frauen und politische Bildung! Das war von hundert Jahren noch eine unmögliche Zusammenstellung.

Im allgemeinen ist es ja heute leider noch so, daß der Prozentsatz der sogenannten „Unpolitischen“ unter ihnen größer ist als bei unseren männlichen Kollegen. Das hat natürlich seine Gründe: Die generationenlange Ausschlossenheit von gesellschaftlichen Aufgaben, die traditionsgebundene landläufige Meinung über die Stellung der Frau, für deren natürlichen Beruf man allgemein den der Hausfrau hielt, haben sie von der Beschäftigung in der Politik ferngehalten. Erst seit der Jahrhundertwende darf die Frau sich politisch organisieren.

So ist also unsere politische Betätigung noch sehr jung, und mit der heute zugestandenen Gleichberechtigung wissen viele Frauen noch nicht recht etwas anzufangen. Wenn wir uns aber immer wieder vor Augen halten, daß die Frauen mehr als 60 Prozent der Bevölkerung ausmachen, so müßte uns schon allein daraus die Verpflichtung einleuchten, daß wir doch wohl mindestens genau so wie die Männer die Verantwortung für das Geschick Deutschlands, für die Gestaltung der Gesellschaft tragen. Daß wir das versäumt haben, oder richtiger gesagt, daß man uns bis jetzt daran gehindert hat, hat sich schwer gerächt. Wer weiß, ob nicht die geschichtlichen Ereignisse einen anderen Weg genommen hätten, wenn in aller Welt Frauen ihrer Meinung hätten Ausdruck geben können. Wir haben das Geschenk der Gleichberechtigung erhalten, und wir müssen sie auch benutzen!

So gilt auch Wort für Wort meiner Ausführungen für die weiblichen Lehrer; vielleicht noch in verstärktem Maße, denn wir Frauen und Mütter tragen noch mehr die Verantwortung für die Zukunft unserer Kinder. Wir wissen recht genau, daß die Frau heute aus dem öffentlichen Leben, die Frau im Beruf, nicht mehr wegzudenken ist. Wir können getrost sagen, der Mann allein könnte die ganze gesellschaftliche Arbeit nicht leisten. Dennoch gibt es noch immer Frauen, und unter den Lehrerinnen nicht wenige, die ihren Beruf nicht als Berufung, sondern einfach als Versorgung ansehen und ihn aufgeben, sobald sich ein „Ernährer“ gefunden hat.

Ich weiß, daß man einwenden wird: Die Schwierigkeiten sind so groß, man kann nicht neben dem Beruf für die Familie sorgen. Das ist richtig. Wir Frauen leiden alle unter dieser Doppelbelastung. Das ist aber kein Grund, um uns von diesem gesellschaftlichen Mißstand drücken zu lassen und nachzugeben, sondern ein Grund, dagegen zu kämpfen. Bessere Arbeitsbedingungen für die Frau sei unsere Forderung!

Es ist ein Mangel an politischer Einsicht, an politischer Bildung, wenn die Frau nicht jeden Platz in der Gesellschaft, der ihr die Mitwirkung an der Gestaltung der Zukunft ermöglicht, so fest wie nur möglich hält. Und wo könnte sie das mehr als in dem Beruf der Erzieherin? Es gibt auch unter den Lehrerinnen schon viele, die sich ihrer Aufgabe bewußt sind. Ich richte hier an diese die Bitte: Helfen Sie den Abseitsstehenden, ihre Aufgabe zu erkennen! Gerade die Diskussionen über die politischen Probleme, gerade die Klagen über die Schwierigkeiten für die Frau durch die Doppelbelastung geben die Möglichkeit zu einer Klärung.

Für die Frau ist die Arbeit in den demokratischen Organisationen so besonders wichtig, weil ihr allein dadurch ein „politisches Gefühl“ wachsen kann, das unerlässlich ist zur politischen Bildung. Es verschafft ihr das Bewußtsein der Unentbehrlichkeit in der Gemeinschaft; es lehrt sie die Mängel sehen und für ihre Abhilfe kämpfen, auf daß die Zukunft ihrer Kinder besser werde.

Ich komme zum Schluß!

Was für einen Gewinn trägt uns die politische Bildung ein?

1. Sie schafft uns ein abgerundetes Weltbild, in dem der Mensch sinnvoll eingeordnet in die Natur erscheint.
2. Sie verschafft uns ein sicheres Urteil gegenüber allem Geschehen in Vergangenheit und Gegenwart; sie zeigt uns den richtigen Weg in die Zukunft.
3. Sie macht uns fähig, die Reaktion in ihren verschiedensten Formen und Masken zu erkennen und ihr entgegenzuwirken.
4. Sie „lehrt uns, daß wir den gesellschaftlichen Konflikten und Spannungen nicht mehr wehrlos gegenüberstehen müssen wie einem Naturereignis, sondern daß man dagegen kämpfen kann und muß“ (Abusch). Wir erkennen, daß es keine ewige Ordnung gibt.
5. Sie macht uns zu streitbaren Humanisten, auf daß wir unser Erziehungsziel erfüllen können an uns selbst; sie macht uns zu Fanatikern der Menschlichkeit.

Sie läßt uns erleben, daß Politik nicht den Charakter verdirbt, sondern vielmehr adelt, daß Politik zu einem „Hohen Lied wird, aus dem uns ein neuer deutscher Glaube erwächst“.

Mögen die hier entwickelten Gedankengänge dazu beitragen, in der gesamten Lehrerschaft unseres Landes die Einsicht zu verstärken, daß der Lehrer der neuen demokratischen Schule ein politischer Erzieher sein muß. Das erfordert nicht nur das hohe Ziel, daß wir uns gesteckt haben: der Aufbau eines wahrhaft demokratischen, friedliebenden Staats und die Erkämpfung der Einheit unseres Vaterlandes, sondern das verlangt auch gebieterisch von uns die schwierige gegenwärtige Situation.

Die alten Mächte der monopolistischen Ausbeutung und des imperialistischen Krieges sind zwar in unserer Zone geschlagen, aber sie haben im Westen Asylrecht gefunden. Dort konsolidieren sie sich und versuchen, mit fremder Hilfe bei uns wieder Fuß zu fassen, zunächst in Köpfen und Herzen der Bevölkerung, besonders der Jugend. Reste der Ideologie des Nazireiches kommen ihnen zustatten. Daraus erwächst uns die Aufgabe äußerster Wachsamkeit und unnachgiebigen Kampfes. Diesen Kampf gegen die Vergangenheit und um die Zukunft können wir aber nur führen, wenn in unseren Köpfen alles klar ist. Dazu wird umfassende und tiefgehende politische Bildung verhelfen. Der Lehrer der neuen demokratischen Schule darf nicht nur Pädagoge sein.

Politik und Pädagogik müssen sich ihm zu einer Einheit verschmelzen und aus dieser Synthese muß auch dem letzten Schulmeister die Kraft und die Fähigkeit erwachsen zur aktiven gesellschaftlichen Arbeit für den gesellschaftlichen Fortschritt, für die Schaffung einer neuen Gesellschaftsordnung, die nicht Selbstzweck ist, sondern die den Zweck hat, zu einem besseren Leben der Menschheit zu führen, und deren oberster Grundsatz die Menschenwürde ist. Wir lieben den Lehrer um seiner großen Aufgabe willen!

Laßt uns die „Zukunft in die Gegenwart hereinholen!“

Es liegt an uns, es liegt an Euch, wie das neue Deutschland aussehen wird!

Das „Mitteilungsblatt für die Schulen und Volksbildungsämter des Landes Brandenburg“ erscheint zweimal im Monat. Einzelpreis 0,35 RM, Bezug durch die Post, Abonnement vierteljährlich 2,50 RM einschl. Zustellgebühren. Einzelpreis der Ausgaben des Pädagogischen Kabinetts (nur durch den Verlag erhältlich) 0,75 RM. Eingesandte Manuskripte werden u. U. auch zu anderweitiger Verwendung einbehalten.

Redaktion: V. A. Scharf, Landesregierung Brandenburg, Ministerium für Volksbildung, Wissenschaft und Kunst, Potsdam, Saarmünder Straße 23, Haus 12, Zimmer 075, Telefon 4351.

Verlag: Potsdamer Verlagsgesellschaft Potsdam, Lennéstraße 9, Telefon 6288, Konto-Nr. 9162 bei der Landeskreditbank Brandenburg. Lizenz-Nr. 120 der SMV.

Druck: A. W. Hayn's Erben, Potsdam, von-Güericke-Straße 3.